

Große und ganz große „Tiere“ beim Neujahrsempfang der Bundeszahnärztekammer im Berliner Naturkundemuseum: Trotz überragender Blickhöhe haben Kentosaurus und Brachiosaurus alles andere als gigantische Zukunftsaussichten; unterdessen sind Abgeordnete, zahnärztliche Standespolitiker und weitere Spitzenvertreter des Gesundheitswesens voller Gestaltungsdrang und gespannt, was das Wahljahr 2025 bringen wird.



© Marius Schwarz/BZÄK

Mit Biss ins neue Jahr

Erfolgreiche Gespräche bei Neujahrsempfängen in München und Berlin

Die Saison der Neujahrsempfänge im Wahljahr 2025 bot den Kammerpräsidenten auf Bundes- und Länderebene Gelegenheit, Politikern vor Augen zu führen, was getan werden muss, um die Zukunft der zahnärztlichen Versorgung in Deutschland zu sichern.

Den Auftakt machte am 10. Januar der Empfang des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in der Münchner Residenz. Der Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer, Dr. Dr. Frank Wohl, tauschte sich mit zahlreichen Regierungsmitgliedern und Mandatsträgern aus, darunter Bayerns Gesundheitsministerin

Judith Gerlach, MdL, Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt, MdL, die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Tanja Schorer-Dremel, MdL, der gesundheitspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Dr. Stephan Pilsinger, MdB, und der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen

Landtag, Alexander Flierl, MdL. Im Mittelpunkt der Gespräche standen mögliche Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Situation der Zahnmedizin.

Zudem waren unter den rund 2000 Gästen viele Spitzenvertreter aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens – auch aus dem Gesundheitswesen – sodass das festliche Event reichlich Gelegenheit bot, das gute gesellschaftliche Netzwerk für die Zahnärzteschaft zu pflegen. Etwas zünftiger als in der prachtvollen Kulisse der Residenz war die Atmosphäre Ende Januar beim Empfang der Landtagsfraktion der Freien Wähler auf dem Münchner Nockherberg, wo der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger, MdL, und die gesundheitspolitische Sprecherin Susann Enders großes Interesse an zahnärztlichen Themen zeigten.

Zahnmedizin ist „Goldstandard-Prävention“

Getoppt wurden diese Münchner Begegnungen nur noch vom Neujahrsempfang der Bundeszahnärztekammer: Hier waren – nicht nur im übertragenen Sinne –



© Marius Schwarz/BZÄK

Präsidenten-Quintett beim BZÄK-Neujahrsempfang (v. l.): Prof. Dr. Dr. Jörg Wiltfang, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK), BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz, BZÄK-Vizepräsidentin Dr. Romy Ermler, BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl und BZÄK-Vizepräsident Konstantin von Laffert.

die ganz großen „Tiere“ zugegen. Veranstaltungsort war das Berliner Naturkundemuseum und so überragten der Kentosaurus und der über 13 Meter hohe Brachiosaurus „Giraffatitan“ jedenfalls physisch das versammelte „Who’s who“ aus Politik und Praxis, das zum Neujahrsempfang gekommen war. BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz wies die Politiker darauf hin, dass die Zahnmedizin der Gesundheitsberuf ist, der Prävention längst umsetzt. „Unser Anteil am GKV-Topf ist seit 1980 um 58 Prozent gesunken, wir machen 50 Prozent weniger Reparaturmedizin, wir sind Weltmeister in der Mundgesundheit. Und nein, unsere Wirkung ist nicht lokal und klein auf den Mund begrenzt, wir wirken im ganzen Körper.“ Zahnmedizin sei somit „Goldstandard-Prävention.“

Wieder „Bock“ auf Praxis machen!

Bei einem Vergleich der aktuellen Bundestagswahlprogramme sei ihm eine Wende aufgefallen: „Noch vor Kurzem wurde über alle Parteigrenzen hinweg das hohe Lied der angestellten Medizin gesungen“, betonte der BZÄK-Präsident. Plötzlich bekenne man sich zur kleinen ambulanten Struktur. Doch diese Erkenntnis verband Benz mit einem Appell: „Wenn wir schon die kleine Praxisstruktur zum Helden der zukünftigen Medizin in unserem Lande

Wie kann die zahnmedizinische Versorgung im ländlichen Raum zukunftsfähig bleiben? Diese Frage bewegte die stellvertretende Generalsekretärin der CSU, Tanja Schorer-Dremel, MdL.



erklären, dann lasst uns bitte auch alle zusammen dafür kämpfen, dass unser Nachwuchs tatsächlich auch Bock auf Praxis hat – vom Dorf bis zur großen Stadt.“

Top-Hindernis dafür sei die Bürokratie. Eine Chance, diese Hürde abzubauen, biete die Demografie: Benz empfahl den politischen Entscheidern, Vertrauen zu wagen und einfach mal Stellen in den Ämtern und Prüfbehörden nicht neu zu besetzen. „Mit jedem Beamten stirbt eine Prüfvorschrift, mit jeder Beamtin ein Formular.“ Abschließend resümierte der BZÄK-Präsident zur Gesundheitspolitik: „Unter Lauterbach haben wir jetzt drei Jahre ‚Highspeed-Flickschustering‘ erlebt, jetzt müssen wir endlich den stabilen

Grundstein für die nächsten 30 Jahre der Boomer-Welle legen.“

Starke Leistung für Gesundheit und Teilhabe

Martin Hendges richtete als Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung seine Erwartung an die nächste Bundesregierung, sie solle den Erfolgsweg Prävention weitergehen.

Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen), MdB, betonte, die Zahnmedizin kümmere sich intensiv um vulnerable Gruppen und deren Teilhabe.

Redaktion



Nicht nur die Tapisseries an den Wänden der Münchner Residenz waren fein geknüpft, denn anknüpfen konnte auch BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl an die Gespräche, die er mit der Bayerischen Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention, Judith Gerlach, MdL, schon über die zahnmedizinische Versorgung im Freistaat geführt hat. Hier wurde der Gesprächsfaden für 2025 gut aufgenommen.



Anlässlich des BZÄK-Neujahrsempfanges in Berlin traf Wohl den Direktor des PKV-Verbandes Dr. Florian Reuther. Einig waren sich Wohl und Reuther, dass es keine Bürgerversicherung geben dürfe. Beim Thema GOZ ist die Interessenlage naturgemäß unterschiedlich. Die BLZK und der PKV-Verband wollen dazu jedoch regelmäßig im Austausch bleiben.



Beim Neujahrsempfang der Landtagsfraktion der Freien Wähler auf dem Münchner Nockherberg tauschte sich der bayerische Kammerpräsident mit der gesundheitspolitischen Sprecherin Susann Enders, MdL, und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, MdL, aus.